

Frage 1

CDU

SPD

**Freie
Demokraten
FDP**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ödp

Um die Rechte junger Menschen nachhaltig zu stärken, kindgerechte Lebensverhältnisse und bessere Entwicklungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen, müssen diese in allen Themen, die sie betreffen, mitgedacht werden. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Stärkung der Kinderrechte?



Der Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen (KJFP) trägt dazu bei, dass alle Kinder und Jugendlichen gleiche Chancen erhalten. Wir werden diesen weiter stärken, neue inhaltliche Schwerpunkte im KJFP etablieren und einen neuen Förderbereich zur Stärkung von Inklusion und junger Menschen mit Behinderung schaffen. Verfahren vor dem Familiengericht müssen beschleunigt werden (mehr Personal), damit Kinder möglichst schnell eine klare Perspektive für ihr weiteres Leben bekommen. Jugendämter und Familiengerichte müssen enger und frühzeitiger kooperieren.

Wir werden die Kinderrechte in die Landesverfassung aufnehmen und uns für eine wirkliche Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz einsetzen. Wir wollen Betroffene zu Beteiligten machen und deshalb die Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen stärken. Wir wollen gemeinsam mit den Akteuren prüfen, ob ein Landeskinderbeauftragter eine gute Institution ist, um den Kindern eine zentrale Ansprechstelle auf Landesebene zu geben.

Wir wollen Kinderrechte und Kinderschutz stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken. Die Kommunen wollen wir beim Auf- und Ausbau von kommunaler Kinder- und Jugendpartizipation unterstützen. Kinder und Jugendliche sollen das verbindliche Recht erhalten, an Planungen und Vorhaben mitzuwirken, die deren Interessen berühren.

Um die Belange von Kindern und Jugendlichen zu kennen, werden wir die Kommunen bei der Durchführung von Befragungen von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Unter Mitwirkung von Jugendverbänden werden wir eine Landesjugendstrategie entwickeln. Das Wahlalter für Landtagswahlen werden wir auf 16 Jahre absenken. Da Kinder und Jugendliche auch von Entscheidungen der Landespolitik betroffen sind, werden wir das Jugend-Check-Verfahren einführen, damit Gesetzesvorhaben hinsichtlich ihrer Folgen auf Kinder und Jugendliche überprüft werden.

Wir haben ein föderales System. Da Kinderrechte damit auf verschiedenen Ebenen berücksichtigt werden können, wären es angebracht das es neben örtlicher Kinder- und Jugendparlamenten etwas ähnliches zumindest auf Landesebene geben muss.

Frage 2

CDU

SPD

Freie
Demokraten
FDP

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

ödp

Viele junge Menschen durchleben aktuell – unter anderem im Kontext der Pandemie – gesellschaftliche und persönliche Krisen. Wie beabsichtigen Sie die psychische und physische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu fördern?



Wir werden den Schwerpunkt „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ in den neuen Kinder- und Jugendförderplan des Landes NRW (KJFP) integrieren. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, wie Angebote für Mentoring sinnvoll unterstützt werden können. Hierbei soll auch das Thema mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein Schwerpunkt sein. Wir werden eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche“ und gleichzeitig ein Sonderprogramm zur Ertüchtigung von Kinder- und Jugendhäusern auflegen.

Wir wollen Begegnungen und Aktivitäten in der Kinder- und Jugendarbeit stärken und gemeinsam mit den Akteuren vor Ort krisenfest weiterentwickeln. Wir haben uns bspw. bereits gute Möglichkeiten für die Umsetzung digitaler oder teildigitaler Jugendzentren angesehen. Wir werden für Kinder und Jugendliche mit psychischen Erkrankungen Beratungs- und Therapieangebote schaffen, die niedrigschwellig sind und die kurzfristig zu erreichen sind. Wir werden entsprechende Präventionsmaßnahmen entwickeln und auch die Anzahl an ambulanten Therapieplätzen und Klinikplätzen auch im Kinder- und Jugendpsychiatrischen Bereich erhöhen und uns für einen bedarfsgerechten Ausbau der Ausbildungs- und Studienplätze einsetzen.

Neben der Aufarbeitung schulischer Inhalte ist es wichtig, auch die mentalen und psychischen Folgen der Pandemie bei Kindern und Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Im Rahmen der Arbeit der multiprofessionellen Teams an den Schulen sollen die Aufholbedarfe der Schülerinnen und Schüler betrachtet und spezifische fachliche und pädagogische Unterstützungsangebote gemacht werden.

Die Wartezeiten bei niedergelassenen Kinder- und Jugendpsycholog*innen sind lang. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir darauf hinwirken, dass die psychotherapeutische Bedarfsplanung reformiert wird und mehr Kassensitze für Psychotherapeut*innen geschaffen werden können. Hinzu kommt, dass nicht alle Kinder und Jugendlichen den Weg zu den Therapeut*innen finden. Deshalb ist es richtig und wichtig, Schulpsychologie flächendeckend und an allen Schulformen vorzuhalten. Die Ausweitung wird wegen fehlender Fachkräfte nur schrittweise gelingen. Sie muss aber angegangen werden, wie auch die Ausweitung der Studienplätze, damit es genug Fachkräfte gibt.

Hierfür würde als erste Maßnahme die Schulsozialarbeit zu fördern und auszubauen, weil hierüber die jungen Menschen erreicht werden können. Ein weiterer Baustein sind die Stadtteilmanager*in, vor allem in sozialen Brennpunkten.

Frage 3



Wie werden Sie eine systematische Präventionsarbeit, z. B. in Form von Schutzkonzepten und der Kompetenzentwicklung bei pädagogischem Personal, in Bezug auf sexualisierte und andere Formen von Gewalt überall dort, wo mit Kindern gearbeitet wird, fördern? Welche Ressourcen werden Sie dafür einsetzen?



Wir verfolgen einen Ansatz von der Prävention, Beratung und Unterstützung bis hin zur Intervention und Anschlusshilfe. Wir wollen mit den Hochschulen Professuren für Kinderschutz einrichten. Wir wollen die Arbeit und das Wissen des Kompetenzzentrums Kinderschutz im Gesundheitswesen verfestigen und in Forschung und Lehre tragen. Es muss verpflichtende Weiter- und Fortbildungsangebote für Fachkräfte in der Jugendhilfe geben. Wir werden das Fortbildungsangebot ausweiten und den Dialog zwischen Jugendämtern, freien Trägern der Jugendhilfe, Polizei und Justiz stärken.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Aus- Fort- und Weiterbildung aller Professionen um den Kinderschutz erweitert wird. Wir wollen, dass Kinderschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe mit einer hohen öffentlichen Wahrnehmung wird, deshalb werden wir das erste Teilkinderschutzgesetz in ein umfassendes Artikelgesetz umwandeln, das alle Lebensbereiche der Kinder betrifft, die landesseitig geregelt werden können.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist hier vor allem eine systematische Präventionsarbeit. Wir wollen möglichst alle Personen, die mit Minderjährigen arbeiten, durch regelmäßige (interdisziplinäre) Fortbildungen für Anzeichen sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche oder von anderen Kindeswohlgefährdungen sensibilisieren.

Der Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche und staatliche Verantwortung. Für eine gelingende Prävention braucht es zudem angemessene Aus- Fort- und Weiterbildung für die Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. Wir werden den Kinderschutz auch in der nächsten Legislatur im engen Austausch mit Praxis, Wissenschaft, Verbänden und Kommunen weiter stärken, strukturell verbessern und absichern.

Die ÖDP fordert ein landesweites und spezifiziertes Präventions- und Sensibilisierungsprogramm, ein erleichtertes Verfahren nach dem Opferentschädigungsgesetz und eine besser aufgestellte Cyberpolizei mit Online-Wachen direkt im Internet, so dass sich die Polizei dort befindet, wo Kinder und Jugendliche tatsächlich belästigt werden.

Frage 4



Wie gedenkt Ihre Partei den Ausbau von interkulturellen pädagogischen Angeboten zu unterstützen und wo sehen Sie Chancen und ggf. Hindernisse bei der nachhaltigen Installation vielfaltsfördernder Angebote in pädagogischen Wirkungsstätten?



Die ehrenamtlich Tätigen benötigen Begegnungsorte wie Vereinshäuser oder Dorfgemeinschaftshäuser für ihre Arbeit, die Gesellschaft und für das Miteinander. Wir wollen dort Orte der Begegnung schaffen, wo heute noch keine vorhanden sind. Wir unterstützen die Vereine dabei, das Potenzial von Menschen mit Behinderung sowie von Menschen, die zugewandert sind, künftig noch stärker zu nutzen. Dafür braucht es u. a. barrierefreie und mehrsprachige Informationen über Vereine, deren Strukturen und Betätigungsfelder für Interessierte.

Wir bekämpfen jegliche Art von Diskriminierung, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Ethnischen Zugehörigkeit, Weltanschauung oder Hautfarbe auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt, im Alltag oder im Bildungswesen benachteiligt. Wir stehen für Zusammenhalt und Vielfalt. Besonders in den pädagogischen Einrichtungen wird der Grundstein dafür gelebt. Die bisherigen Erfolge werden wir stärken und ausbauen.

Ausgrenzung, Intoleranz und Hass dürfen keinen Platz in pädagogischen Wirkungsstätten haben. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Themen nicht nur an besonderen Aktionstagen aufgearbeitet werden, sondern als dauerhaftes Konzept im Unterricht verankert sind. Dabei muss auch die Schulsozialarbeit vor Ort in die Konzepte integriert werden. Mit dem deutschlandweit einzigartigen Konzept des Kommunalen Integrationsmanagements vernetzen wir u. a. Ausländer- und Jugendämter sowie gesellschaftliche Akteure und die Freie Wohlfahrtspflege vor Ort. Auf dieser Grundlage können interkulturelle Angebote in pädagogischen Wirkungsstätten weiterentwickelt werden.

Wir wollen Mehrsprachigkeit fördern und ihre Anerkennung in unserer Gesellschaft stärken, internationale Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene Repräsentation – insbesondere in öffentlichen Institutionen – ist eine Aufgabe, die wir mit Nachdruck vorantreiben werden. Mehrsprachige Beratungs- und Betreuungsangebote von sozialen Akteuren sind bei der Förderung des interkulturellen Zusammenlebens enorm wichtig. Gerade im ländlichen Raum gilt es, bedarfsgerechte Förderstrukturen zu schaffen.

Die ÖDP fordert den Ausbau von SCHLAU NRW und eine verpflichtende Fortbildung der Lehrenden und Schulsozialarbeit zu queerem Themenfeld. Die Fortbildung muss neben den schul- und entwicklungstypischen Besonderheiten, auch über Schutzräume, Anlauf- und Beratungsstellen, Förderung von queeren Organisationen, „Schule der Vielfalt“ und an dem NRW-Aktionsplan gegen Trans- und Homophobie informieren.

Frage 5



In Deutschland steigt die Anzahl der Ganztagschulen, wodurch junge Menschen mehr Zeit in der Schule verbringen. Welche Freiräume plant ihre Partei zu schaffen, um Angebote der Jugendverbandsarbeit sowie die Förderung von Kindern gemäß ihren spezifischen Neigungen und Bedürfnissen zu ermöglichen?



Junge Menschen brauchen Freiräume, um ihre Persönlichkeit und Identität ausbilden zu können. Spiel- und Bolzplätze, offene Treffs und Jugendzentren sind genau diese Räume. Deshalb wollen wir gemeinsam mit den Kommunen ein Sonderprogramm zur Sanierung und Instandsetzung von Spiel- und Bolzplätzen auflegen. Wir werden neue inhaltliche Schwerpunkte im KJFP etablieren. Zudem werden wir eine Sonderförderung „Ferienfreizeiten für Kinder und Jugendliche“ auflegen, um jungen Menschen, Freiräume für Gemeinschaftserlebnisse zu ermöglichen.

Guter Ganztags darf keine Glückssache sein. Wir werden die lange geforderten Mindeststandards für Personal, Räume und Konzepte festlegen. Wir sehen einen großen Mehrwert in der Verknüpfung der Angebote im Quartier. So haben Kinder und Jugendliche die Chance, sich ihren Interessen zu widmen und selbstbestimmt und alleine im Quartier bewegen zu können. Dies ist Teil der Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen und wichtig für ein selbstbestimmtes und gesundes Aufwachsen.

Die individuelle Freizeitgestaltung hat für uns einen großen Stellenwert. Außerschulische Bildungsarbeit sowie Jugendverbandsarbeit wollen wir darum weiter stärken. Benachteiligten Kindern und Jugendlichen wollen wir über eine finanzielle Förderung und Unterstützung beispielsweise Ferienfreizeiten ermöglichen. Gemeinsam mit dem Bund wollen wir außerdem Angebote in den Bereichen Bewegung und Gesundheit ausbauen und zügig umsetzen.

Wir werden bewährte Projekte der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Kinder- und Jugendarbeit und die Offene Kinder- und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur Verfügung stellen. Wir werden erforderliche Mittel bereitstellen, damit Angebote der Kinder- und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet und so inklusiv werden können.

Soweit Schulen keine entsprechenden Angebote machen können, müssen Freistellungen für Jugendverbandsarbeit und für Angebote erfolgen.

Frage 6

CDU

SPD

**Freie
Demokraten
FDP**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ödp

Junge Menschen mit und ohne Behinderungen haben ein Interesse daran, sich sicher, ökologisch und selbstbestimmt zu bewegen. Auf welche Weise plant ihre Partei, Mobilität für alle Menschen im städtischen und ländlichen Raum zu fördern?



Die Kosten von Mobilität dürfen nicht zur sozialen Frage werden. Und: Mobilität muss nachhaltig sein. Mit unserer Zielnetzkonzeption für den Schienenpersonen nahverkehr wird perspektivisch jede Kommune ab 20.000 Einwohnern eine Schienen- oder Schnellbusanbindung bekommen. Wir setzen außerdem auf einen flächen-deckenden Ausbau von On-Demand- und Sharing-Angeboten. Zur besseren Vernetzung von ÖPNV, Fahrrad und Car-Sharing richten wir weitere 1.000 Mobilstationen ein.

Wir wollen die Verkehrswege so ausbauen, dass alle Verkehrsträger attraktive Angebote für die Mobilität der Menschen und der Wirtschaft bieten können. Das bedeutet einen erheblichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur vom Fuß- und Radverkehr über ÖPNV und Schiene bis zur Stärkung der Binnenschiff-fahrtswege. Mobilitätsangebote müssen für alle erreichbar und bezahlbar sein, denn Mobilität sichert gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftlichen Erfolg.

Wir fördern alle Verkehrsträger und wollen eine echte Wahlfreiheit gerade auch für junge Menschen schaffen. Ziel ist die Umsetzung einheitlicher Tarife und Tickets, einfacherer Zugangssysteme, einheitliche Verkaufsinformationen und insbesondere der konsequente Ausbau von On-Demand-Angeboten. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Zustieg zum ÖPNV an jedem Ort in Nordrhein-Westfalen per Handy-App möglich wird. Wir werden in den folgenden Jahren in ein umfassendes, landesweites Netz von unterschiedlichen Fahrradwegen von Radschnellwegen, Radvorrangrouten bis zu einfachen Radwegen auf Feldwegen investieren.

Wir streben eine Mobilitätswende an. Beispielsweise wollen wir – ähnlich wie in Baden-Württemberg geplant – eine Mobilitätsgarantie im ländlichen Raum einführen. Außerdem wollen wir neue Finanzierungsmodelle wie ein solidarisch finanziertes kommunales Bürgerticket ermöglichen. Ein großes Problem ist die barrierefreie Zugänglichkeit von Bahnsteigen und Fahrzeugen. Auch hier wollen wir deutlich mehr als bisher tun, damit alle Menschen ohne Schwierigkeiten den Schienennahverkehr oder den ÖPNV nutzen können. In den Städten wollen wir mehr Platz für den Rad- und Fußverkehr schaffen. Mit einem wirksamen Radverkehrsgesetz für NRW wollen wir die Voraussetzungen für ein dichtes Netz an regionalen und kommunalen Radwegen schaffen.

Der Straßenverkehr ist zu verringern. Das erfordert jedoch den Ausbau und die Verbesserung der Infrastruktur anderer Verkehrsträger. Ziel einer NRW-Verkehrspolitik muss die Abkehr vom Auto hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und dem Fahrradverkehr sein – auch im ländlichen Raum! Die ÖDP fordert, dass die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass in ganz NRW kostenlos Fahrräder in den Regionalzügen mitgenommen werden können.

Frage 7



Wie kommen Sie der Forderung nach Vereinbarkeit von Konsum, Nachhaltigkeit und bezahlbaren Lebenshaltungskosten nach und wie unterstützen Sie die Konsument*innen in bewussten und nachhaltigen Kaufentscheidungen? Wodurch werden Sie menschenwürdige Arbeits- und Produktionsbedingungen realisieren?



Entscheidend sind Transparenz und Verfügbarkeit von Informationen. Deshalb setzen wir uns für volle Transparenz bei der Herstellung von Lebensmitteln innerhalb der gesamten Produktionskette ein. Wir werden die Verbraucherzentralen weiterhin unterstützen und Lücken im Beratungsstellennetz schließen. Wir werden die Beratungsstellen Arbeit weiter ausbauen, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich noch stärker gegenüber prekärer Beschäftigung behaupten können.

Wir werden im Bereich Nachhaltigkeit und bezahlbare Lebenshaltung die Verbraucherarbeit so stärken, dass wir mit den Beratungsangeboten der Schuldnerberatung Armut und Ausgrenzung möglichst verhindern. Wir möchten in der Zukunft auf landeseigenen Flächen und Veranstaltungen auf Einwegmüll verzichten und Mehrwegbehältnisse priorisieren. Zudem setzen wir uns für Steuervorteile bei reinen Unverpackt-Läden ein und streben eine Verpflichtung für Unverpackt-Abteilungen bei Supermärkten und Discountern an. Um Ausbeutung zu bekämpfen, werden wir 1000 neue Stellen beim Arbeitsschutz schaffen.

Wir setzen uns für ein umfassendes Angebot von öffentlich zugänglichen Informationen ein. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln, auch um die Wertschätzung für gute Lebensmittel zu steigern. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen. Eine Bevormundung lehnen wir ab, wir setzen vielmehr auf Selbstbestimmung und eigenverantwortliche Entscheidungen.

Wir möchten Konsument*innen darin unterstützen, informierte und nachhaltige Kaufentscheidungen zu treffen. Entsprechende Bildungs- und Informationsangebote werden wir stärken und ausbauen. Für ein nachhaltiges Produktangebot sind jedoch in erster Linie die Unternehmen verantwortlich. Wir setzen uns daher auf EU- und Bundesebene für wirksame Lieferkettengesetze ein, die Sorgfaltspflichten für Unternehmen in Bezug auf Umwelt, Klima und Menschenrechte verbindlich festschreiben.

Eine Forderung der ÖDP ist Wirtschaft ohne Wachstumszwang. Konkret bedeutet das, Gemeinwohlansätze als Anforderung an die Wirtschaft von NRW und eine Kreislaufwirtschaft, die sich die Natur als Vorbild tut, denn Alles wird in der Natur wiederverwertet. Wir brauchen eine Nachverfolgungsmöglichkeit von allen in einem Produkt verarbeiteten Stoffe und Teile.

Frage 8

CDU

SPD

**Freie
Demokraten
FDP**

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

ödp

In ihrem Heranwachsen lernen junge Menschen, ihre eigenen Bedürfnisse zu erkennen und zu äußern. Wie werden Sie sich für eine ganzheitliche Entfaltung von Kindern und Jugendlichen in den Bereichen Bewegung, Sexualität, Soziales, Ernährung, Suchtprävention, Körper und Geist einsetzen?



Wir unterstützen die unterschiedliche Lebenswirklichkeit in unserem Land und fördern die LSBTIQ*-Strukturen, Projekte und Angebote insbesondere für junge Menschen. Zudem wollen wir prüfen, nicht kommerzielle, kleine CSDs zu unterstützen. Wir wollen, dass jedes Kind spätestens am Ende der 6. Klasse sicher schwimmen kann. Dafür werden wir den Aktionsplan „Schwimmen lernen in NRW 2022-2027“ starten. Außerdem werden wir ein verpflichtendes jährliches Schulsportfest wieder einführen.

Wir machen uns für die Partizipation aller jungen Menschen in unserer Gesellschaft stark und wollen strukturell verankern, dass ihre Bedürfnisse bei politischen Entscheidungen ausreichend berücksichtigt werden. Gemeinsam mit ihnen werden wir eine Kinder- und Jugendstrategie mit niedrigschwelligem Beteiligungsformaten entwickeln und einen Kinder- und Jugendcheck etablieren. Jugendbeteiligung gehört verbindlich in die Gemeindeordnung und das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt.

Den frühkindlichen Mängeln an Bewegung wollen wir z.B. begegnen, indem wir das Programm „Sportplatz Kommune“ auf ganz NRW ausrollen. Wir setzen uns dafür ein, dass vor Ort Grün- und Freiflächen für Bewegung erhalten bzw. geschaffen werden. Wir wollen ein „Jahr des Schwimmens“ ausrufen und mehrgleisige Möglichkeiten zur Vermittlung der lebenswichtigen Schwimmfähigkeit nutzen. Ernährungsbildung soll Wissen über gesunde Ernährung vermitteln. Hiermit wollen wir bereits in der frühkindlichen Bildung beginnen. Wir wollen Präventionsschulungen zum festen Bestandteil des Vorbereitungsdienstes für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter machen.

Damit eine ganzheitliche Entfaltung von Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Bereichen gelingen kann, muss in frühkindlicher Bildung, Schule und Kinder- und Jugendarbeit eine Vermittlung und Sensibilisierung erfolgen. Dafür müssen Fachkräfte und Lehrer*innen angemessen aus-, weiter- und fortgebildet sein. Ausreichend Personal muss vorhanden sein, damit die Vermittlung und Sensibilisierung überhaupt stattfinden können.

In der Frage sind verschiedene Themenfelder und Problemstellungen angesprochen, die sich allerdings gegenseitig bedingen. Am besten wären dafür ein spezieller Unterricht in Schulen und Jugend-einrichtungen angebracht.